Posener Zeitung.

№ 261. Mittwoch den 8. November. **1848.**

Inland.

Berlin, den 6. November. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Historienmaler de Biefve zu Brüssel den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; so wie dem Kreis-Chirurgus Liedtke zu Marggrabowo im Regierungs-Bezirk Gumbinnen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; und den Ober-Prokurator Köster von Kösteritz zu Elberfeld in gleicher Eigenschaft an das Landgericht zu Düsseldorf zu versetzen, und den Staats-Prokurator Hecker zu Köln zum Ober-Prokurator bei dem Landgerichte zu Elberfeld zu ernennen.

---

88 (Die Wiener Verträge und das Großherzogthum Posen.) [II. Artikel.] — Wir haben vor Kurzem nachgewiesen, daß die preußische Provinz Posen kein anderes Recht besitzt, als jede der übrigen Provinzen des preußischen Staats, daß ihr nie eine besondere Verfassung oder Administration zugesichert, nie eine Garantie für ihre Integrität gegeben worden ist, und daß alle in dieser Beziehung von den Polen aufgestellten Behauptungen aller historischen und rechtlichen Basis entbehren; — jetzt wenden wir uns zu den im K. Zurufe vom 15. Mai 1815 den Polen gemachten Verheißungen, um zu prüfen, ob die Regierung ihre Zusagen erfüllt und ob diese Verheißungen in der neu zu schaffenden preußischen Verfassung einer besondern Garantie bedurften. Wir begegnen folgenden Punkten:

1) Ihr werdet meiner Monarchie **einverleibt,** ohne eure Nationalität verläugnen zu dürfen;
2) Eure persönlichen Rechte und Euer Eigenthum kehren wieder unter den Schutz der Gesetze zurück, zu deren Berathung Ihr künftig zugezogen werden sollt.

Beide Punkte wurden treu erfüllt. Volksthümlichkeit und Sitte der Polen war nie gefährdet; an ihre Literatur hat Niemand die Hand gelegt. Die Zuziehung zur Berathung der Gesetze allein erfolgte erst bei der Gründung des allgemeinen Landtags, weil die im Jahre 1815 dem preußischen Staate zugesicherte Constitution nicht ins Leben getreten war. Die Polen theilten hier mit den übrigen Preußen dasselbe Geschick.

3) Eure Religion soll aufrecht erhalten und zu einer standesmäßigen Dotirung der Geistlichen gewirkt werden,
4) Eure Sprache soll **neben der deutschen** in allen Verhandlungen gebraucht werden.

Beides ist geschehen.

5) Jedem von Euch soll, nach Maaßgabe seiner Fähigkeiten, der **Zutritt** zu den öffentlichen Aemtern des Großherzogthums Posen, so wie zu allen Aemtern, Ehren und Würden meines Reichs **offen stehen.**

Durch diese Bestimmung wurden die Polen allen anderen preußischen Staatsbürgern als gleichberechtigt zu allen Diensten und Würden des Staats an die Seite gestellt und nicht der Staatsregierung Schuld ist es, wenn nur wenige Polen sich dem Beamtenstande widmeten. — Ein vorzugsweiser Anspruch auf die Beamtenstellen des Großherzogthums ist ihnen nirgends eingeräumt worden. Schon der Umstand, daß nach Nr. 4 die polnische Sprache **neben** der deutschen gebraucht werden sollte, spricht selbstredend für das gleiche Recht der Deutschen im Großherzogthum. Wie hätte auch die Staatsregierung den Polen ein ausschließendes Recht, oder auch nur ein Vorrecht auf die Beamtenstellen im Großherzogthum einräumen können, wenn sie ihnen gleichzeitig jede öffentliche Laufbahn im Dienste des ganzen Staats gewährte? — Hatten sie größere Rechte anzusprechen, als jeder andere preußische Staatsbürger?

6) Mein unter Euch geborner Statthalter wird bei Euch residiren. Er wird mich mit Euren Wünschen und Bedürfnissen und Euch mit den Absichten meiner Regierung bekannt machen.

Diese Bestimmung war rein transitorisch. Sie bezog sich auf den damaligen fürstlichen Statthalter, der ein Verwandter des Königl. Hauses war. Die fortgesetzte Beibehaltung eines Statthalters, besonders aber eines polnischen Statthalters, ist nie versprochen worden.

7) Euer Mitbürger, mein Oberpräsident, wird das Großherzogthum nach den von mir erhaltenen Anweisungen organisiren und, bis zur vollendeten Organisation, in allen Zweigen verwalten.
8) Er wird bei dieser Gelegenheit von den sich unter Euch gebildeten Geschäftsmännern den Gebrauch machen, zu dem sie ihre Kenntnisse und Euer Vertrauen eignen.

Aus Nr. 7. folgt keineswegs, daß der Oberpräsident immer der polnischen Nationalität angehören mußte; — diese von polnischer Seite erhobene Prätention stände sogar mit Nr. 4 und 5 im direkten Widerspruch. — Da im Großherzogthum Posen jeder Preuße eben sowohl zur Anstellung als Beamter fähig war, wie jeder Pole im ganzen preußischen Staate, so konnte naturgemäß, ein künftiger Oberpräsident eben sowohl ein Deutscher als ein Pole sein.

Durch die dem Oberpräsidenten aufgetragene Organisation der Provinz war eine Umwandlung der zerrütteten polnischen Verhältnisse in preußische bedingt, und sie erfolgte.

Nr. 8. wurde erfüllt, wobei nur zu bemerken ist, daß die Mehrzahl dieser Geschäftsmänner auch im Herzogthum Warschau Deutsche waren, da, wie schon zu Nr. 5 erwähnt, der Pole sich dem Beamtenstande entzog.

9) Nach vollendeter Organisation werden die allgemein vorgeschriebenen Ressortverhältnisse eintreten.

Das geschah. Die Einwohner der Provinz erhielten durch die Organisation der Provinz, mit allen Theilen des Staats gleiche Gerichtsverfassung und gleiche Administration, wie es **durch ihre ausgesprochene vollständige Einverleibung in den preußischen Staat** bedingt war.

Blicken wir jetzt auf alle Zugeständnisse zurück, so sehen wir in Nr. 6, 7, 8 und 9 pure transitorische Bestimmungen, die für unsere Zeit ihre Bedeutung verloren haben. Was noch übrig, ist für Deutsch-Posen durch den Beschluß der deutschen Nationalversammlung vom 31. Mai d. J., wodurch allen nichtdeutschen Volksstämmen auf deutschem Bundesboden ungehinderte volksthümliche Entwickelung und in Hinsicht auf das Kirchenwesen, den Unterricht, die innere Literatur, die innere Verwaltung und Rechtspflege, die Gleichberechtigung ihrer Sprache, so weit deren Gebiet reicht, verbürgt wird, so vollkommen gesichert, daß es einer besondern Garantie der preußischen Nationalversammlung, die durch diesen Beschluß selbst gebunden ist, nicht mehr bedarf.

In Bezug auf den polnischen Theil des Großherzogthums, der durch seine Reorganisation eine eigene, der Volksthümlichkeit seiner Bewohner entsprechende Umgestaltung erhalten wird, und nach den Frankfurter Beschlüssen mit Preußen nur im Verhältniß der Personal-Union stehen kann, dürfte dagegen eine Garantie der preußischen Nationalversammlung allerdings angemessen erscheinen; — wir sind, indem wir dieses anerkennen, weit entfernt, dagegen Einsprache zu erheben; — in die preußische Verfassung aber gehört diese Garantie nicht.

Unser Vaterland ist Deutschland; das ist ein fait accompli, dessen Anerkennung wir fordern; als Landesherrn aber kennen wir nur einen König von Preußen, und verwahren uns gegen jeden Großherzog, den man uns aufdringen will.

Berichtigung. In dem gestrigen Leitartikel sind zwei sinnentstellende Druckfehler: Zeile 37. von oben lies „aller anderen Männer" statt „alle anderen Männer" und Zeile 15. von unten „Rücksichtslosigkeit gegen die deutschen Bewohner" statt „Rücksichtslosigkeit der deutschen Bewohner."

---

* **Posen**, den 7. November. Der Reichscommissarius General Schäfer ist hierher unterwegs, um die Verhältnisse unserer Provinz im Sinne des vom Frankfurter Parlament gefaßten Beschlusses zu ordnen. Wir erwarten von Seiten der Berliner Versammlung keine Renitenz; doch möglich wäre es immerhin, und es ist für alle Fälle gut, sich darauf gefaßt zu machen, daß sie ihre am 23. v. M. so übereilte Abstimmung in der Posener Angelegenheit gegenüber den Anordnungen der Centralgewalt mit eifersüchtelndem Eigensinn aufrecht zu erhalten suchte, und uns so die bisher geführten Kämpfe zu erneuern zwänge. Was aber auch die nächste Zukunft von uns erfordern mag, unsere Kraftanstrengung bei Deutschland zu verbleiben wird sich der Unterstützung und der Sympathien des deutschen Volkes zu erfreuen haben. Die Presse, der Resonanzboden der öffentlichen Meinung, läßt aus allen ihren Organen uns Worte der Ermuthigung entgegen klingen. Und kommt es zum Kampf, so werden diese Töne mächtig anschwellen und brausend dahin fahren, daß es wiederhalle von der deutschen Weichselmündung bis an die Donauquellen, daß aller Orten wach werden die Mitstreiter für unser gutes Recht.

Bei so allgemeiner Uebereinstimmung der Tagespresse geschieht es bloß der Genauigkeit wegen, wenn wir zweier Zeitungen besondere Erwähnung thun, die in diesen Einklang eine störende Dissonanz mit einfließen lassen. Die „Zeitungshalle" und die „Reform" haben sich gegen das Deutschthum in Posen verschworen, und keine Nummer vergeht ohne den Bestrebungen der hiesigen deutschen Bevölkerung einen Hieb, einen Stich zu versetzen. Mit welcher Ritterlichkeit dort gegen uns gefochten wird, ersieht man z. B. aus einem in der Zeitungshalle vom 3. d. M. mitgetheilten Posener Bericht, dessen stiermäßige Plumpheit keines widerlegenden Wortes gewürdigt zu werden verdient. Die Zeitungshalle in ihrer Totalität ist ohnehin in den Augen der Welt längst gerichtet, und jedes streitende Eingehen auf ihre Lügen und ihre Sophistereien erscheint als ein durchaus überflüssiges Thun. Wenn einst ein zweiter Stieber auftritt, uns Enthüllungen über die literarische „Prostitution in Berlin" zu geben, die Zeitungshalle findet dort einen ersten Platz. In der That wiederholt sich in ihrem bisherigen Lebenslaufe nur das alltägliche Schicksal einer gewöhnlichen Phryne. Zuerst einem hochgestellten Gönner willig ergeben und von ihm unterhalten, sank sie dann, als dieser sich von ihr abgewendet, immer tiefer und nun buhlt sie um die Gunst des Gassenpöbels, dem zu Liebe sie in Sprache und Ton so oft ins zotenhaft Gemeine hinüberstreift. Doch genug von dieser literarischen Dirne; wir mögen mit ihr nichts zu schaffen haben.

Es thut uns leid, neben diesem Schmutzblatte, der „Zeitungshalle" in Einer Flucht auch der Ruge'schen „Reform" gedenken zu müssen; aber sie selbst hat sich in der Posener Angelegenheit auf denselben Standpunkt gestellt, und so dürfen wir sie von jener nicht eigenmächtig trennen. Ist auch nicht die entfernteste Aussicht vorhanden, daß wir uns jemals mit Ruge eher als mit Julius zu verständigen vermöchten, so wollen wir dennoch anerkennen, daß wir an jenem einen ohne Vergleich ehrenhafteren Gegner haben. Ruges jetzige tollgewordene Philosophie erinnert doch noch immer an eine Zeit, wo das schneidige Schwert seiner Dialektik, mit Besonnenheit geschwungen, so nachdrückliche Streiche führte und die gordischen Knoten auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Politik so bündig und glatt durchhieb. Der Mann aber ist jetzt nur noch eine Ruine dessen, was er einst gewesen; die Würde und Ruhe des Denkers ist ihm verloren gegangen. Ruge ist seit Jahren aus jeder stetig geordneten, umsichtigen Gedankenthätigkeit herausgekommen; er denkt nur noch auf dem Sprung, in losen Aphorismen, in abgerissenen Einfällen. Und zu dieser unseligen, zerfetzenden Manier gesellt sich dann noch die ohnmächtige Hitze, die leidenschaftliche Verbissenheit, die berserkermäßige Wuth, welche ihn so weit degradirt, daß er, ein Kämpe des Geistes, bei jeder Gelegenheit an die rohe Gewalt der Fäuste appellirt. Einem so verstörten Sinne müssen wir auch das wüste Gelächter zu Gute halten, das uns aus mehrern, über die Posener Angelegenheit von der „Reform" mitgetheilten Artikeln letzthin entgegenschallte. „Hier steht, der einst Othello war," so rufen wir schmerzlich bewegt in Erwägung dessen, was Ruge auch uns vordem Förderndes und Anregendes geleistet. Aber irre machen auf unserem Wege lassen wir uns nicht durch den Wahnsinn, der jetzt aus ihm redet. Vielleicht, daß die Naturheilkraft ihn selbst dereinst wieder zu sich zurückführt; dem wiedererstandenen Geiste des Begründers der Hallischen Jahrbücher werden wir bereitwillig unsere Huldigung entgegenbringen.

△ **Krotoschin**, den 5. November. Der in unserer Stadt bestehende Verein zur Wahrung deutscher Interessen ist seit Ende vorigen Monats in Folge

des von der Berliner Nationalversammlung am 23. v. M. gefaßten Beschlusses zu erneuter Thätigkeit zusammengetreten. In seiner Sitzung vom 29. v. Mts. hat derselbe den abschriftlich beigelegten Protest wider jenen Beschluß angenommen, und ist dieser inzwischen von sämmtlichen deutschen Wahlmännern und Urwählern unseres Ortes unterschrieben, und durch den Verein nach Berlin an die Nationalversammlung abgesendet worden. Gleichzeitig hat dieser sich im Namen der hiesigen deutschen Bevölkerung auch an die Nationalversammlung in Frankfurt mit der Bitte gewendet ihren, in Bezug auf die Demarkation einmal gefaßten Beschluß auch aufrecht zu erhalten.

† Pinne, den 5. November. In der Hoffnung, daß es Ihnen nicht unlieb sein würde, bei jetziger Zeit auch etwas Näheres über die Stimmung der Deutschen in den kleinern Städten der Provinz und über den Eindruck zu erfahren, welchen der Beschluß vom 23. v. M. hier hervorgebracht hat, erlaube ich mir Ihnen von hier aus nachstehende Mittheilungen zu machen. *) Auch hier hat sich das Doppelgefühl des Schmerzes und der Entrüstung aller Nachdenkenden bemächtigt und die Bürgerschaft ist sogleich zu einem nach Berlin zu sendenden Proteste zusammengetreten, an dem sich auch die ganze Umgegend betheiligte. Das hiesige deutsche Lokalcomité hat, nachdem es seit dem Frankfurter Parlamentsbeschlusse außer Thätigkeit gekommen, seine Arbeiten wieder aufgenommen; es interessirt sich namentlich für den in der Provinz angeregten Gedanken zur Bildung einer deutschen Ligue, und sucht die hierzu erforderlichen Vorbereitungen in unseren Gegenden einzuleiten. Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht umhin, Sie auf eine Thatsache aufmerksam zu machen, welche dem Fortschreiten der Liga polska in unserer Umgebung sehr zu Statten kommt. Der Land- und Stadt-Gerichtsrath Krzyzanowski aus Samter ist bei dieser Liga betheiligt; Sonnabend den 28. v. M. war im Sinne dieser Liga eine Versammlung hier im Orte, zu welcher derselbe sich ebenfalls eingefunden hatte. Da er nun in unserm Orte wie in der Umgegend bei den Polen niedern Standes nach seiner amtlichen Stellung bekannt ist, so hat sich unter ihnen der Glaube verbreitet, daß diese Liga von der Gerichtsbehörde ausgehe, und dieser Königl. Beamte zu dem Behuf hergesandt werde. Hinzufügen will ich noch, daß an andern Orten, um allen Ungesetzlichkeiten vorzubeugen, ebenfalls Beamte an solchen Versammlungen Theil genommen haben. Hierdurch haben sie unwillkührlich der Liga polska einen Dienst erwiesen, indem sie durch ihre Anwesenheit von vornherein die Bestrebungen der Liga einen Schein von Gesetzmäßigkeit gaben und wie schon angeführt den Polen niedern Standes auf die Meinung brachten, daß diese Liga grade von der Behörde ausgehe, — eine Vermuthung, worin sie natürlich von ihrer Geistlichkeit noch bestärkt werden. Es wäre daher wohl rathsam, wenn die Behörden durch eine leichtverständliche Bekanntmachung in polnischer Sprache diesem Irrthum entgegenwirkten und sich über ihre eigene indifferente Stellung zur Liga vernehmen ließen. **)

Ratibor den 3. November. Der heutige Winer Zug kam sehr verspätet (erst um 11¼ Uhr) an. Die Veranlassung war, wie Beamte und Reisende fast übereinstimmend erzählen, ein Aufstand in Prag, wohin 40 Waggons mit Militair und außerdem viel Geschütz und Munition von Wien aus befördert wurden. Näheres über diesen Aufstand hört man nicht. — Die Einnahme Wiens ist durch die heutigen Nachrichten bestätigt worden. Der Umstand, daß heute wieder der erste Brief direkt aus Wien und zwar datirt vom 1. Nov., mit dem Postzeichen vom 2. hier angelangt ist, spricht gleichfalls für die Wahrheit des Sturzes von Wien. Diesem Briefe zufolge gehen die Verhaftungen in Masse vor sich und es soll so lange die freie Passage nicht gestattet werden, bis die geforderten Personen aufgefunden sind. Dies dürfte freilich etwas lange dauern, denn, trügen nicht alle Anzeichen, so ist General Bem schon mit dem gestrigen Zuge hier durchgereist; Pulski soll sich im ungarischen Lager befinden und Dr. Schütte wird wohl nicht auf offener Straße herumgehen. Die drei Frankfurter Deputirten der Linken haben, berichtet der Brief, tüchtig mitgefochten. Einem anderen Briefe zufolge war auf dem Neumarkt aus den verfallenen Särgen der Kaisergruft im Kapuziner-Kloster eine fast uneinnehmbare Barrikade gebaut worden. Auf gleiche Weise meldet das Schreiben von den Grausamkeiten der Kroaten haarsträubendes. Windischgrätz selbst befindet sich noch außerhalb der Stadt.

Hamburg den 25. Okt. Das Judenthum hat durch ein Senats-Decret einen großen Fortschritt gemacht; denn der Senat hat in Folge mehrfacher Suppliken endlich die Leviratsehe aufgehoben, eine der Fragen, die bisher zu keiner Vereinigung führte, obgleich sie in allen Rabbiner-Versammlungen zur Sprache gebracht wurde. Die Rabbiner konnten sich bisher niemals einen, und selbst sehr freisinnige Rabbiner lehnten sich bisher gegen die Aufhebung dieses mosaischen Gesetzes auf und man hatte sich bisher noch keine Ehe in Hamburg erlaubt, wenn nicht des Bräutigams Brüder sich vorher zur Leviratsehe zu bequemen bereit erklärt hatten.

Bernburg, den 2. Novbr. Unser früher so ruhiges Städtchen ist in die größte Aufregung versetzt worden. Nach Constituirung des neuen Ministeriums war der Landtag in seinen Geschäften rasch vorwärts geschritten, vollendete vorgestern die Verfassung, und setzte namentlich die Civilliste des Herzogs fest. Gestern nun wurde das ganze Werk noch einmal redigirt, und nach einigen Abänderungen nahm der Landtag einstimmig das Grundgesetz an. Heute sollten beide Minister nach Ballenstedt reisen, um die Sanction des Herzogs zu holen. Da kam gestern Abend ein Brief an den Minister-Präsidenten v. Kersten, der da meldete, daß das Herzogliche Paar in Begleitung des Exministers von Krosigk, und des Hrn. v. Kutteroff, Nachmittags 4 Uhr nach Quedlinburg abgereist sei. Es war nämlich ein Brief von Bernburg am Dienstag nach Ballenstedt an die Herzogin gekommen, des Inhalts: „Heute werde die Verfassung vom Landtage Hals über Kopf beendigt, morgen werde sie redigirt werden, und am Donnerstage werde eine Sturmdeputation vom Landtage nach Ballenstedt gesandt werden, um die Sanction der Verfassung zu erzwingen. Man wolle es auf ähnliche Weise machen, wie in Dessau. Dort sei nämlich der Herzog von den Bürgern im Schlosse festgehalten und zur Sanction der Verfassung gezwungen. In Folge dieses habe der Hof beschlossen, sich nach Quedlinburg zu begeben. So weit der Ballenstedter Brief. Die Wirkung dieser Handlungsweise von Seiten des Hofes ist hier ungeheuer. Man verkennt keinen Augenblick, was die Ursache hiervon ist: die Civilliste ist es. Das Heer von Hof-Beamten sieht seine üppige Existenz bedroht. Leute, die von fernher in das Land gekommen, und der Sage nach von dem Herzog mit Füßen getreten sind, haben die Fäden in den Händen. Aber das Lügengewebe wird aufgehellt werden. Dem Herzoge werden die Augen geöffnet und die Reactionäre aus seiner Umgebung entfernt werden, und sollten es Leute sein, die ihm am nächsten stehen. Es komme, wie es wolle, jedenfalls wird jenen Wühlern der Wille nicht geschehen. Sie wollen Tumult und Ungesetzlichkeiten hervorrufen, um einen Grund zu haben, fremde Bajonette herbeizurufen, und durch dieselben die alte Ordnung der Dinge herbeizuführen; es wird ihnen nicht gelingen!

Dresden, den 2. Nov. Nächst der Registrande war auf der heutigen Tagesordnung der II. Kammer der Tzschirnersche Antrag: „daß die Regierung alle ihr zuständigen Mittel zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit anwenden möge.“ Abg. Metzler: Wer ein Deutsches Herz im Busen trage, werde nicht unbewegt bleiben können bei den Ereignissen in Wien. Von unserem Standpunkte aus aber könne wohl nicht die Hilfe, die wir zu leisten wünschten, gewährt werden. Trotzdem brauche ich unsere Sympathie nicht in bloßen Worten auszusprechen, man könne auch handeln. Es sei Gefahr vorhanden, und von Seiten der Centralgewalt werde nicht mit der nöthigen Energie gehandelt. Wenn nun die Einzel-Staaten etwas thun wollten, so möchten sie diese Centralgewalt in einem gewissen Feuer erhalten und darauf hindeuten, daß das Reichsoberhaupt kein Oesterreicher, sondern ein Deutscher sei. Er stelle daher den Antrag, daß die Staatsregierung bei der Centralgewalt auf energisches Handeln zu Gunsten der Deutschen Interessen in Oesterreich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dringen wolle. Dieser Antrag wird einstimmig von der Kammer unterstützt, was die zahlreich besetzten Gallerieen zu einem vollstimmigen Bravo veranlaßt. Abg. Schenck schlägt hierauf vor, im Metzlerschen Antrage die Worte „der Deutschen Interessen“ mit „Deutscher Ehre, Freiheit und Nationalität“ zu vertauschen, womit Abgeordneter Metzler sich einverstanden erklärt. Abg. Tzschirner spricht zuletzt noch seine Freude darüber aus, daß sich einmal alle Parteien zu einem Beschlusse vereinigt hätten, und erklärt seinen Antrag durch den Metzlerschen erledigt, welcher letztere sodann die einstimmige Genehmigung der Kammer erhält.

Frankfurt a. M., den 1. Nov. (Frkf. Bl.) 106te Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. (Berathung über Abschnitt I. §. 6. und Abschnitt II. §. 7. u. f. des Verfassungs-Entwurfs.) Der Vorsitzende, H. von Gagern, welcher die Sitzung um 9½ Uhr Vormittags eröffnet, verliest eine Erklärung der Abgeordneten Schaffrath, Vogt u. m. a. Mitglieder der linken Seite des Hauses, worin dieselben, in Ansehung, daß sie seit vierzehn Tagen vergeblich sich bemüht, die Versammlung zur Ergreifung geeigneter Maßregeln gegen das Betreten des Deutschen Gebietes durch Kroatische Heere zu bestimmen, alle aus diesem Verhalten der National-Versammlung entspringende Folgen von sich abwenden. (Bravo!) Namens des Prioritäts-Ausschusses erstattet Fuchs Bericht über den Antrag des Abgeordneten Jahn auf Ausschluß der Linken und gerichtliche Untersuchung gegen die Mitglieder dieser Fraktion, bezüglich ihres Verhaltens in den Tagen des 17. und 18. September. Der Antrag des Ausschusses geht dahin, die Versammlung wolle, in Ansehung der Unstatthaftigkeit und Ungehörigkeit des gedachten Antrages nach Wort und Inhalt, zur motivirten Tagesordnung übergehen. Es wird der Tagesordnung gemäß zur Berathung über Art. III. §. 6. geschritten*). Es waren folgende Anträge gestellt: Von M. Mohl: „Die staatlichen Hoheiten und Rechte der einzelnen Deutschen Staaten gehen auf die Reichsgewalt über, so weit die Reichsverfassung oder Reichsgesetzgebung es bestimmen;“ von Mackowicza: daß im ursprünglichen Antrage nach „der Reichsgewalt“ gesetzt werde: „durch die Reichsgesetzgebung;“ von Claussen: anstatt „durch die Reichsverfassung beschränkt ist“, zu setzen „durch die Reichsverfassung oder Reichsverwaltung beschränkt wird;“ von Reden und 20 anderen Mitgliedern: „bei der Abstimmung über §. 6. ausdrücklich vorzubehalten, daß dessen Inhalt den Beschlüssen über den Bericht des Verfassungs-Ausschusses hinsichtlich der Mediatisirungen nicht vorgreife;“ von Schaffrath und Genossen: nach „die einzelnen Deutschen Staaten“ zu setzen „welche als solche durch diese Verfassung anerkannt und vereinigt sind,“ und nach „behalten“ zu setzen „unter sich ihre Gleichheit und der Reichsgewalt gegenüber ihre Selbstständigkeit.“ Von Demel: „alle Deutschen Einzelstaaten, deren Einwohnerzahl nicht sechs Millionen beträgt oder mit Zuziehung benachbarter Staaten diese Höhe erreicht, sind mediatisirt.“ Von Dahm: „das Deutsche Reich bildet einen einzigen untheilbaren Bundesstaat; die einzelnen Deutschen Staaten verhalten sich zu dem Bundesstaate wie Theile zum Ganzen, welche eine Selbstständigkeit nur insofern in Anspruch nehmen können, als die Souverainetät des Bundesstaats dadurch nicht gefährdet wird.“ Von Nauwerck: „Die Verfassung jedes Deutschen Einzelstaates wird durch eine in demselben zusammenberufene, aus der freien Wahl aller Staats-Angehörigen hervorgehende konstituirende Versammlung festgestellt. — Für die Debatte waren 25 Redner eingeschrieben, und zwar 14 für und 11 gegen den Ausschußantrag. Zuerst begründete M. Mohl seinen Antrag. Mackowiczka führte zur Unterstützung des seinigen an. Wir können und wollen nicht den Fortbestand der 38 Deutschen

---

*) Wir sind, im Gegentheil dem Herrn Einsender zu Dank verpflichtet und es wäre uns überhaupt, wie wir dies zu wiederholten Malen öffentlich und privatim ausgesprochen, sehr erwünscht aus den kleinen Städten fortlaufende, regelmäßige Berichte zu erhalten. Unsere Bemühungen eine feste Correspondenz von daher zu erzielen, hatten bisher nicht ganz den erwarteten Erfolg; möge das Beispiel des Herrn Einsenders recht zahlreiche Nachahmer finden. Die Red.

**) Wir werden den Wortlaut der Proteste aus Pinne und Krotoschin morgen mittheilen. Der Red.

*) Dieser Paragraph lautet im Entwurfe: „Die einzelnen Deutschen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, so weit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, so weit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind.“

Staaten garantiren. Die Vielstaaterei hat Deutschlands Schwäche herbeigeführt; durch sie ist sein Ansehen gesunken. Wir müssen mediatisiren. Der Begriff des Privatrechts, auf welchem die kleinen Staaten meist beruhen, paßt nicht mehr zur neueren Staatstheorie. Wir stehen nicht auf dem Boden der Vereinbarung, sondern der Volkssouverainetät. Wir müssen den Zusatz „durch die Reichsgesetze" machen, damit es klar wird, daß die National-Versammlung die Hoheitsrechte der Reichsgewalt übertragen kann." Claussen motivirte seinen Antrag dadurch, daß die Reichsgesetzgebung unumschränkt sein und den Einzelstaaten nur diejenigen Rechte bleiben sollen, welche die Reichsgesetzgebung übrig läßt. Der von Reden und Genossen beantragte Vorbehalt zu Protokoll wurde angenommen, die Anträge von M. Mohl, Dahm, Nauwerck, Claussen, Mackowiczka und Schaffrath verworfen, jener von Demel an den Verfassungs-Ausschuß verwiesen, dagegen der Paragraph nach der Fassung des Ausschusses angenommen. Hierauf ging die Berathung zum II. Abschnitt (von der Reichsgewalt) über. Art. 1 §. 7: „Die Reichsgewalt übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen Deutschen Staaten ausschließlich aus. Die Reichsgewalt stellt Gesandte und Konsuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schiffahrtsverträge, ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an." Es wurde beschlossen, diesen und den §. 8: „Die einzelnen Deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandte zu empfangen und zu halten, mit Ausnahme ihrer Bevollmächtigten beim Reichsoberhaupt" — gemeinschaftlich zu berathen. Bei §. 7 hatte Rösler von Oels mit mehr als 20 anderen Abgeordneten vorgeschlagen, zu setzen: „stellt die Konsuln und Gesandten an," dann bei §. 8 statt „beim Reichsoberhaupt" — „bei der Reichsgewalt" und als Zusatz: „Auch dürfen sie keine besonderen Konsuln halten. Die auswärtigen Konsuln erhalten ihr Exequatur nur von der Reichsgewalt." Jordan von Gollnow beantragte, die Worte „mit Ausnahme ihrer Bevollmächtigten rc." ganz wegzulassen. Das Minoritätserachten zu §. 8 (von Ahrens, Blum, Schüler und Wigard) lautete: „Die einzelnen Deutschen Regierungen haben nicht das Recht, Gesandte und Konsuln zu empfangen oder solche zu halten." Wurm empfiehlt dringend die Annahme des Minoritätsgutachtens. Er habe keinen Begriff von einem Bundesstaat, dessen einzelne Mitglieder Bevollmächtigte bei der Centralgewalt unterhalten. Das hieße so viel als: der Bundestag ist todt! es lebe der Bundestag! Man möge auch das unselige Wort „ständige" streichen, die fremden Staaten würden Gesandte bei der Centralgewalt unterhalten, und diese würden dann bei den einzelnen Höfen umherreisen. Schubert von Königsberg spricht für Beibehaltung des Wortes „ständig," weil die Verhältnisse einzelner Provinzen rc. besondere Gesandtschaften nothwendig machen. Jordan von Gollnow ist für den Wegfall der Bevollmächtigten und Beibehaltung des Wortes „ständig." Mittermaier führt in letzterer Beziehung an, daß §. 9 den Einzelstaaten noch das Recht belasse, gewisse Arten von Verträgen mit dem Auslande abzuschließen, daß also außerordentliche Gesandschaften noch zulässig sein müßten. Dem Mißbrauch werde die Centralgewalt vorbeugen. Wigard und Consorten beantragen Abstimmung durch Stimmzettel über das Minoritätsgutachten zu §. 8. §. 7 wurde mit Verwerfung des Röslerschen Abänderungs-Antrages („die Gesandten und Konsuln") angenommen, das Minoritätsgutachten zu §. 8 mit 197 gegen 194 Stimmen abgelehnt, der erste Satz des Ausschuß-Antrages angenommen, der Zusatz: „mit Ausnahme ihrer Bevollmächtigten beim Reichsoberhaupt," abgelehnt. Hierauf nahm Rösler seinen Antrag (statt „beim Reichsoberhaupt," zu setzen: „bei der Reichsgewalt") zurück; er wurde jedoch von anderer Seite wieder aufgenommen und bei der Abstimmung verworfen.

Vom Oberrhein, den 31. Oktober. Zur Erläuterung der neuesten Ereignisse in dem schweizerischen Kanton Freiburg mögen folgende Andeutungen dienen. Der gegenwärtig im Schlosse Chillon verhaftet gehaltene Bischof Marilly funktionirte schon früher im Kanton Freiburg als Geistlicher, kam dann als katholischer Vicar nach Genf, von wo er später als Pfarrer, seines unruhigen Benehmens wegen, durch eine Verfügung der Regierung entfernt wurde. Bei Erledigung des Bischofssitzes in Freiburg setzten die Jesuiten seine Ernennung, vielfältiger Einsprache ungeachtet, durch. In die Zeit seines Episcopats fiel der Sonderbundskrieg, unter dessen intellectuellen Urhebern man ihn wohl zählen darf. Kein Wunder, daß er sich mit der daraus hervorgegangenen neuen Ordnung der Dinge nicht befreunden konnte; daß er sich gegen die neue Kantonalverfassung sowohl, als gegen die neue Bundesverfassung nicht nur sträubte, sondern auch mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln an ihrem Umsturze arbeitete. Hieraus entsprang zuerst eine Correspondenz zwischen ihm und der Regierung, und als diese zu keinem Ziele führte, das bewaffnete Einschreiten der Eidgenossenschaft und seine Gefangennehmung, ein Verfahren, das man in der Schweizergeschichte als einzig bezeichnen darf.

Aus Südtyrol, den 23. Okt. Graf Brandis, der sich bekanntlich mit dem Geiste der neuen Verwaltung nicht befreunden konnte, und die Ausführung des Ministerialerlasses wegen Aufhebung der Jesuiten und Liguorianer geflissentlich Monate lang verzögerte, ward Ende Juli seiner Stelle als Gouverneur von Tyrol entsetzt, und kaum hatte der Kaiser das Land verlassen, sah man den Grafen geheimnißvolle Ausflüge in zwei Seitenäste des Wippthals nach Gschniz und Marnit zu den dortigen Pfarrern unternehmen, mit denen dann später Sendboten gewechselt wurden. Als hierauf Anfangs September ein nachdrücklicher Befehl zur Auflösung des noch immer fortbestandenen Jesuitenkollegiums in Inspruck aus Wien erging und fast gleichzeitig auch der dortige Reichstag die Abschaffung der Grundzinsen und Zehnten aussprach, bereiste Pater Albert Jäger, Benediktiner und Lehrer der Söhne des Grafen, das Oetzthal, Passeier und die obere Etsch, verweilte daselbst längere Zeit, während ein anderer Emissär das Pusterthal durchkreuzte, und hielt endlich am 8. d. unter seinem Vorsitz in Meran eine Bauernversammlung bei verschlossenen Thüren, wobei folgende Gegenstände zur Verhandlung kamen und beschlossen wurden: 1) Verwahrung gegen die Preßfreiheit in Tyrol, 2) Beibehaltung aller jetzt bestehenden Klöster, 3) Unantastbarkeit der Kirchengüter, 4) deßgleichen der priesterlichen Einkünfte, da über Ablösung der Zehnten nur der Papst entscheiden könne, 5) geistliche Beaufsichtigung der Schulen, 6) Beschränkung der freien Presse und Abschaffung der „Insbrucker Zeitung", 7) freie Gemeindeverfassung zur vollen Festigung geistlicher Oberherrschaft, Hintanhaltung gemischter Ehen und Ankäufe von Protestanten u. s. w. Zur Durchsetzung dieser Beschlüsse wurde selbst Gewalt in Aussicht gestellt. Auf den 28. ist ein großer Bauernkongreß angesagt, dem es zur Aufgabe gestellt wird, den mittlerweile auf den 26. d. nach Innsbruck berufenen tyroler Landtag aufzuheben, falls er seine Beschlüsse nicht im Geist und Sinne dieser bäuerlichen fassen sollte. Bereits kam es so weit, daß P. Albert Jäger bei einer vorläufigen Sitzung der ständischen Aktivität zu Innsbruck mit einem provisorischen Bauernregiment drohte, wobei er naiv genug behauptete, die Geistlichkeit sei im Stande, die Bauern im Burggrafenamte, angesichts der Wiener Ereignisse von diesem Gedanken abzubringen. Ein bäuerlicher Landtagsabgeordneter, Joseph Ladurner von Algund, erließ gleichzeitig einen in München gedruckten „Hülfruf an alle Landleute in Tyrol", der die Gegenstände des meraner Kongresses mit geistlicher Inspiration zur Sprache bringt, und mit den Worten endigt: „Fort mit den Radikalen! Fort mit den Protestanten! Nieder mit der Knechtschaft der Kirche, der Schulen und Priester! Nieder mit der Druckfrechheit in Tyrol! Es leben die Katholiken! Es leben die Priester und alle Klöster! Es lebe die Freiheit der Schulen und aller kirchlichen Anstalten und Güter! Es lebe die Freiheit der Presse! Es lebe die Freiheit der Gemeinden! Es lebe das gesammte Tyrol!" — nämlich das abgesonderte paraguaische.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 2. Nov. National-Versammlung. Sitzung vom 2. Nov. Um 1 Uhr, in dem Augenblicke, wo sich die Repräsentanten in die Sitzung begaben, zogen etwa 4—500 Frauen dem Sitzungs-Gebäude der National-Versammlung zu. Als sie an der Konkordien-Brücke ankamen, sperrte ihnen ein Trupp von Polizeidienern, mit einem Polizei-Kommissarius an der Spitze, den Weg. Auf die Frage: Was sie wollten? entspann sich einige Unordnung; viele Blousenmänner, die man bisher nur einzeln auf dem Konkordien-Platze bemerkt hatte, sammelten sich plötzlich um die Frauen und erklärten dem Polizei-Kommissarius, daß die Herbeiziehenden der National-Versammlung einen Antrag auf Amnestie überreichen wollten. Der Polizei-Kommissarius erwiederte, daß es durch ein Gesetz verboten sei, der Versammlung Petitionen in ganzen Körperschaften zu überreichen, daß er sich aber ein Vergnügen daraus machen würde, ihren Antrag unverzüglich dem Präsidenten zu überreichen. Dieser Vorschlag wurde angenommen, und die Frauen zogen ab. Während dies außerhalb vorging, erklärte Marrast die Sitzung für eröffnet, und zog die monatlichen Abtheilungen durch Loos. Dann ging man an die Tages-Ordnung. Marrast: Ehe wir die zweite Diskussion der Verfassung beginnen, rufe ich der Versammlung ihr Dekret vom 11. August ins Gedächtniß, das also lautet: „Einziger Artikel: Nach Votirung der Artikel geht der Verfassungs-Entwurf an die Verfassungs-Kommission zurück. Fünf Tage darauf hat die Kommission diejenigen Aenderungen zu beantragen, die sie für nöthig hält. Sind diese Aenderungs-Anträge erledigt, so schreitet die Versammlung zur definitiven Abstimmung über die ganze Verfassung." Goudchaux schlägt vor, in den ersten Artikel die Worte einzuschalten: „Die republikanische Regierungsform habe zum Zweck . . . . . und den Wohlstand eines Jeden durch graduelle Reduktion der Steuern (statt Lasten) zu fördern rc." Deslongrais will noch hinzugefügt wissen: „. . . . . und der öffentlichen Ausgaben." Beide Anträge gehen durch. Felix Pyat stellt den Antrag, in den Art. 8. das „Recht auf Arbeit" wieder einzuschalten. Dieser Pyatsche Antrag rief einen heftigen Sturm hervor, während dessen Marrast den Antragsteller dreimal zur Ordnung rief. Pyat hatte die Junirevolution einen Protest des Elendes genannt. André tritt gegen Pyat auf. Er legte die Hand aufs Herz und sagte, er sei selbst Arbeiter. Stimmen der Linken: Das ist nicht wahr, Sie arbeiteten als Patron! Er habe als schlichter Arbeiter geschafft, wiederholt er, und versichert der Versammlung, daß die Pyatschen Ideen sicher wieder in die Blancsche Arbeitsorganisation, ins Luxemburgschloß, kurz in den Kommunismus führen müßten. (Oho! Oho! zur Linken. Beifall zur Rechten.) Corbon bekämpft ebenfalls den Pyatschen Antrag und meint, daß der Artikel 13. der Verfassung vollkommen genüge. Dieser Artikel garantire den Bürgern die Freiheit der Arbeit und der Industrie. Dufaure, Minister des Innern, nennt Pyat's Vortrag einen mordbrennerischen und trägt auf Verwerfung des Amendements an. Die Versammlung schreitet zur Abstimmung und verwirft den Pyatschen Antrag mit 638 gegen 86 Stimmen. Nur die äußerste Linke stimmte dafür. Diesem Votum folgte einige Aufregung im Saale. Die 8 Einleitungs-Paragraphen sind somit angenommen. Man geht nun zu den eigentlichen Verfassungs-Abschnitten über. Kapitel I., nur aus einem Paragraphen bestehend, wird angenommen. Kapitel II., aus 17 Artikeln bestehend, nach geringer Debatte, desgleichen. Kapitel III., aus 2 Artikeln bestehend, ebenfalls. In Kapitel IV. ruft Artikel 28., die Beamten von der Volksvertretung ausschließend, die Herren Lagarde, Martin von Straßburg und Bedeau auf die Tribüne. Der Zusatz der Verfassungs-Kommission: „Die Ausübung jedes öffentlichen Amtes ist mit dem Deputirten-Mandat unverträglich", wird verworfen und die Fortsetzung der Debatte auf morgen verschoben. Die Sitzung schließt um 6 Uhr.

— Heute segeln von Havre im Brunswick 45 Trappisten nach den Vereinigten Staaten ab, wohin sie der apostolische Vicar Flazel eingeladen hat, um eine Ackerbauniederlassung in Kentucky zu gründen. Mit demselben Schiffe reisten 76 Ikarier nach Amerika, und da den Trappisten durch ihre Ordensregel jeder Verkehr mit dem weiblichen Geschlechte verboten ist, so mußte das Schiff

zwischen den beiden Parteien getheilt werden. Die Ikarier gehen nach Texas und werden die Hauptstadt ihrer Colonie Cabetville nennen.

— Le Journal von A. Karr geht ein. Der geistreiche Verfasser der Wespen war mit seinem ministeriellen Blatte à tout prix nicht so glücklich, wie mit seinen Wespen. Und dazu hatte er noch überdies das Unglück, zu einer Freiheits- und Geldstrafe verurtheilt zu werden, weil er sein Cautionnement zwei Tage zu spät ablieferte.

— An vielen Straßen-Ecken entstand gestern einige Bewegung. Man drängte sich nämlich um einen kolossalen Anschlag, der mit den Worten begann: „Leset! Leset Alle"! und in ziemlich energischer Weise die Kandidatur Louis Bonaparte's bekämpfte. Zwischen den Anhängern desselben und dessen Gegnern kam es hier und da zu derben Rippenstößen.

Großbritannien und Irland.

Bekanntlich ist die englische Regierung laut früherem Parlamentsbeschluß dazu ermächtigt, vier gelehrte Schulen in Irland zu errichten, die blos für den weltlichen Unterricht bestimmt sein sollten und denen dieserhalb Seitens des katholischen Clerus sehr bald der Beiname: „gottlose Kollegien" zugelegt wurde. Namentlich setzte der fanatische Erzbischof von Tuam, M'Hale, Himmel und Erde in Bewegung, um diesen Plan zu hindern, dagegen die Errichtung einer rein katholischen Universität durchzusetzen. Bereits früher hatte sich der heilige Stuhl gegen diese Kollegien ausgesprochen. Seitdem waren die Statuten entworfen und von dem irischen Lord-Statthalter in Begleitung eines Schreibens dem Erzbischof Murray mitgetheilt worden. Erzbischof M'Hale begab sich sofort in eigener Person nach Rom und bestimmte den Papst, ein neues Edikt zu erlassen, worin er sich abermals gegen jene gelehrten Schulen auch in ihrer veränderten Form erklärt, die Nothwendigkeit der Errichtung einer katholischen Hochschule, die mit jenen gelehrten Schulen in keiner Verbindung stünde, den römisch-katholischen Bischöfen zu Gemüthe führt, und schließlich die katholischen Prälaten ermahnt, fest und treulich zusammenzuhalten. Das Schreiben ist von der heiligen Kongregation ausgegangen, vom 11. Okt. datirt und vom Kardinal Fransoni unterzeichnet. Der Erzbischof von Tuam hat es mit einem fanatischen, gegen die englische Regierung aufhetzenden Begleitschreiben den Geistlichen seiner Diöcese übersandt. Diese Kirchenfürsten treiben es aus Haß gegen alles weltliche Regiment und gegen den Protestantismus zum Aeußersten, und arbeiten so gut wie die Reaktionäre der rechten Sorte den Anarchisten und Revolutionären in die Hände, selbst auf die Gefahr hin, mit dem bestehenden Staat die Kirche selbst in die Luft zu sprengen. Das Schreiben des Papstes, des ehemals in England so hoch verehrten, des „großen Reformers," wird bei den Britten einen um so unangenehmeren Eindruck hervorbringen, da es der Regierung bekanntlich erst vor kurzer Zeit nach langer Mühwaltung gelang, durch eine Parlamentsakte sich zur Anknüpfung diplomatischen Verkehrs mit Rom ermächtigen zu lassen. Bereits enthält die Times einen in seiner Art vortrefflichen Artikel über diese Angelegenheit, auf den wir in Kürze zurückzukommen gedenken.

Schweiz.

Chur, den 26. Oktober. Es bestätigt sich, daß wenigstens in einem Theil der Provinzen von Como und Valtellina der Aufstand neuerdings ausgebrochen ist. 400 Mann Veltlins haben die Gallerieen von Vercen auf der Mailänder Route zwischen Riva und der Adda verbarrikadirt. Bereits ist es in der Nähe von Collico zu einem Gefecht gekommen. Wo das Veltlinerthal in die Ebene gegen den Comersee ausmündet, wurde in Folge der Adda-Correction eine neue sehr schöne Brücke gebaut. Diese hielten die Italiener besetzt, um das Vorrücken der Oesterreicher von Collico aus zu verhindern. Man behauptet, die Brücke sei in die Luft gesprengt worden. Aus den Ortschaften Dongo und Gravedone, gegenüber Collico am rechten Seeufer, ziehen die Einwohner schaarenweise den Veltlinern zu Hülfe. Auch Lecco soll aufgestanden sein. Auf dem Splügnerpaß ist das Oesterreichische Grenzamt befestigt, ganz wie nach den fünf Märztagen. In Kleven herrschte eine gedrückte Stimmung, man hatte es versucht, die Ausgezogenen zurückzubringen. Die guten Klevner Handelsleute fürchten sich aber eben so sehr der Bewegung entgegen zu sein, als sie zu fördern; beides könnte, eben je nach dem höchst unsichern Erfolg, für sie von schlimmen Folgen sein. (A. Z.)

Italien.

Rom, den 24. Oktober. Bereits vorige Woche ging das Gerücht hier um, der Papst habe die ihm durch den Sultan gemachten kostbaren Geschenke zu Geld gemacht und den Ertrag davon nach Venedig gesandt. Diese Sage wiederholte sich von mehreren Seiten her und begegnete sich zuletzt mit einer andern in sich verbürgten Nachricht, der zufolge wirklich mehr als 100,000 Tlr. unseren Geldes in klingender Münze nach den Lagunen abgegangen sind. Diejenigen, welche diese Thatsachen melden, verschweigen das von Pius IX. gebrachte Opfer, und stellen die Sache so dar, als habe er gewaltsamer Weise die päpstlichen Cassen bis auf den letzten Heller leeren lassen, um einer der Anwandlungen seiner Großmuth und Herzensgüte zu genügen. Da die Thatsache beglaubigt zu sein scheint, so ist es weit wichtiger, zu ermitteln, wodurch der Papst zu diesem Acte der Generosität vermocht worden sei. Wenn man nun erwägt, daß vor 8—10 Tagen der General Armandi aus Venedig hier eingetroffen war und daß derselbe schon heute mit Benutzung des Brief-Couriers wieder dahin zurückgekehrt ist, daß die in Ancona stationirten päpstlichen Dampfschiffe in dieser selben Zeit Befehl erhielten, den Postdienst zwischen Venedig und Ancona zu versehen, so unterliegt es wohl kaum einem Zweifel, daß dies der Zweck und die Absicht von Armandi's Erscheinen gewesen ist. Er hat sein Vorhaben rasch und glücklich ausgeführt: dafür bürgt die Eile seiner Entfernung.

Westindien.

Wenn die Berichte aus Jamaika seit Jahr und Tag nicht übertrieben sind, so müßte man glauben, diese Insel stünde am Rande des Abgrunds. Ein Korrespondent der „Times" schreibt unter andern aus Kingston: „Die ganze Insel verarmt zusehends; und ich sehe nicht, wie es besser werden soll. Die Pflanzer werden von Tag zu Tag ärmer, und die Folge davon ist, daß unter den Arbeitern wenig oder kein Geld einläuft, zahlreiche Pflanzungen liegen jetzt unangebaut. Wenn man die Port Royal-street hinabwandert, so möchte man sie fast für ausgestorben halten, namentlich am Westende, wo unter drei Magazinen immer 2 geschlossen sind."

In Hayti ist die Ruhe wieder hergestellt, seitdem der Präsident Soulouque sein früheres gewaltthätiges Verfahren eingestellt und eine Politik eingeschlagen zu haben scheint, die durch ihre Mäßigung und ihren versöhnlichen Geist unter der Bevökerung und den Fremden wieder Vertrauen erweckt.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redakteur: C. Hensel.

Ediktal-Vorladung

der unbekannten Erben der zu Petrikau im Königreich Polen verstorbenen Alexander und Brigitta Sakowskischen Eheleute.

Bei Vertheilung der Woyciech und Elisabeth Szymanskischen Subhastations-Masse sind nach Deckung sämmtlicher Gläubiger 62 Rthlr. 29 Sgr. Bestand, an welchem die unbekannten Alexander Sakowskischen Erben konkurriren, geblieben.

Auf den Antrag des Curator massae, Justiz-Commissarius Gembitzki, ist das Aufgebot der unbekannten Erben der Alexander und Brigitta gebornen Sobis Sakowskischen Eheleute, und welche an dem Depositalbestande von 62 Rthlr. 29 Sgr. Ansprüche zu haben vermeinen, verfügt worden.

Der Termin zur Anmeldung derselben steht auf den 26sten November 1849 Vormittags um 10 Uhr im hiesigen Gerichts-Lokale vor dem Deputirten Herrn Kammergerichts-Assessor Prin an.

Alle unbekannten Erben der Alexander und Brigitta Sakowskischen Eheleute, deren Erbnehmer, Cessionarien oder wer sonst deren Rechtsnachfolger bezüglich der aufgebotenen Summe geworden ist, werden mit der Aufforderung, sich im oder vor dem Termine zu melden, sich als Erben, resp. deren Rechtsnachfolger zu legitimiren und die darüber sprechenden Dokumente mit zur Stelle zu bringen, und unter der Verwarnung vorgeladen, daß bei ihrem Nichterscheinen diese Special-Masse für ein herrenloses Gut erklärt und der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse zugesprochen werden wird.

Ostrow, den 8. August 1848.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der Großherzoglich Posenschen Pfandbriefe werden hiermit in Kenntniß gesetzt, daß die Verloosung der in Termino Johanni 1849 zum Tilgungsfonds erforderlichen Pfandbriefe am 1sten December d. J. statt finden wird, und daß die Listen der gezogenen Nummern den 2ten desselben Monats in unserm Geschäfts-Lokale, und den dritten Tag nach der Ziehung an den Börsen von Berlin und Breslau ausgehangen werden sollen.

Posen, den 26. Oktober 1848.

General-Landschafts-Direktion.

Ein junger Mann, der das Destillations-Geschäft gut versteht, findet unter vortheilhaften Bedingungen sofort ein Unterkommen bei

Michaelis Hirsch,
Breitestraße No. 14.

Bekanntmachung.

In der heutigen Nacht sind durch gewaltsamen Einbruch aus der Wohnung des Herrn Baumeister Stern in Posen unter andern ihm gehörigen Gegenständen auch meine außer Cours gesetzten 3½ % Posener Pfandbriefe ohne Coupons gestohlen worden, als:

Poklatki, Kreis Schroda,
1/2953.
2/2954.
4/2956.
5/2957.
6/2958. } à 1000 Rtlr.
9/2801. à 500 Rtlr.
17/2732.
19/2734. } à 200 Rtlr.
22/3133.
23/3134.
24/3135.
25/3136.
26/3137.
27/3138. } à 100 Rtlr.

Ich warne daher Jedermann vor Ankauf obiger Pfandbriefe, da ich die Amortisation derselben bei der betreffenden Behörde beantragt habe.

Posen, den 6. November 1848.

Lutomski,
Gutsbesitzer von Staw und Poklatki.

Meine Wohnung ist jetzt **Büttelstraße No. 5**, eine Treppe. Mönnich, Zahnarzt.

Berliner Börse.

Den 6. November 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	75¼	74¼
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	92¼	91¾
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	81¾
Grossh. Posener "	4	95½	—
" "	3½	77⅞	77⅜
Ostpreussische "	3½	87⅜	86⅞
Pommersche "	3½	90⅛	89⅝
Kur- u. Neumärk. "	3½	89¾	89¼
Schlesische "	3½	—	89⅝
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	86½	—
Friedrichsd'or	—	13 7/12	13 1/12
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13	12½
Disconto	—	3½	4½
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	79½
" Prioritäts-	4	—	88⅝
Berlin-Hamburger	4	—	63
" Prioritäts-	4½	—	88¾
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	52¼
" " Prior. A. B.	4	78	—
" " "	5	—	87
Berlin-Stettiner	4	—	86½
Cöln-Mindener	3½	—	74
" Prioritäts-	4½	—	88¾
Magdeburg-Halberstädter	4	—	103½
Niederschles.-Märkische	3½	68¼	68
" Prioritäts-	4	82¼	—
" "	5	—	94
" " III. Serie	5	—	88½
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	88⅝
" " B.	3½	—	—
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	67¼	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	—	50
Stargard-Posener	4	—	66¼

(Mit einer Beilage)

Inland.

△ Berlin, den 6. November. Der Minister des Innern macht bekannt, daß ihm die amtliche Mittheilung gemacht worden, wie in mehreren Zweigen der gewerblichen Thätigkeit, namentlich bei den Schuhmachern und den Mustermalern, es an der genügenden Anzahl Arbeiter fehle. Es würde deshalb bei der nothwendig eintretenden Entlassung der Erdarbeiter besonders auf diese Klassen Rücksicht genommen werden. — Es ist überhaupt die wunderliche Erscheinung auch in manchen anderen Arbeiterklassen wahrzunehmen, daß es durchaus nicht an Arbeit, wohl aber an thätigen und tüchtigen Arbeitern fehlt. Namentlich allerdings bei den Schuhmachern, für die an und für sich schon jetzt durch den vielfachen Bürgerwehrdienst nnd die nasse Witterung eine reichere Arbeit zuwächst; außerdem aber auch bei den Tischlern und Schneidern. Nirgends kommen die versprochenen Arbeiten pünktlich ein und überall hört man von den Meistern, daß die Schuld an dem Mangel an Arbeitern oder wenigstens an dem Mangel an Arbeitslust liege. — Die Cholera ist zwar schon seit einiger Zeit hier extensiv im Abnehmen, so daß bisweilen nur 2 bis 3 Krankheitsfälle eintreten, intensiv aber desto heftiger. Heute früh ist ihr einer der verdientesten Pädagogen unsrer Stadt erlegen, der Direktor Herter von der Königstädtischen höheren Stadtschule, Schwiegersohn des berühmten Physikers Erman.

△ Berlin den 6. November. Dem Abgeordneten Jacobi ist gestern Abend nach 8 Uhr ein Fackelzug von seiner Partei gebracht worden, in Anerkennung seines Verdienstes, das er sich durch die bekannten Worte erworben haben soll, die er zum Könige gesprochen, es sei das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen. Man hatte von Jacoby erwartet, er werde selber den Fackelzug zu hintertreiben suchen. Etwa eine Stunde, bevor der Zug kam, sagte er, deshalb bei Stehely öffentlich befragt: ja, er habe die Unternehmer gebeten, den Zug zu unterlassen, indeß, die Leute wollten es ja einmal so. Er sagte dies mit solchen Mienen und Blicken, daß sehr klar daraus hervorging, wie er schwerlich die Absicht gehabt, seiner Mahnung Eingang zu verschaffen. Der Fackelzug ging übrigens um so mehr ohne weitere Störung ab, als er lange nicht die gewünschte Theilnahme gefunden hatte. Er wurde nach Mylius Hotel, dem gewöhnlichen Treffpunkte der Jakobischen Partei, gerichtet und daselbst sprach Jacobi denn zur fackelnden Gesellschaft. Nachdem er mit wenigen Worten zunächst seinen Dank gesagt, fügte er hinzu: Worte verhallen an den Ohren der Könige; zum Schutze der Freiheit, der blutig errungenen Volkssouverainetät bedarf es der kühnen That. Wenn unter dem Schutze der unverantwortlichen Centralgewalt die Willkühr herrscht, der Absolutismus wieder sein Haupt erhebt, dann laßt uns der Helden des März gedenken, ihrer würdig leben oder sterben. Dann folgten noch einige andere der jetzt beliebten Redensarten und die Huldigenden wurden in Gnaden entlassen.

Berlin, den 4. Nov. Das neueste Justiz-Ministerialblatt enthält eine Verfügung des Justizministers, worin sich derselbe, in Uebereinstimmung mit den meisten Oberlandesgerichten, dahin ausspricht, daß den Gerichten das Recht zustehe, die bei ihnen fungirenden Justiz-Commissarien, welche von einer Partei mit der Anfertigung einer Klageschrift beauftragt werden, und diesem Auftrage nicht Folge leisten, mittelst Ordnungsstrafen zur Erfüllung ihrer Schuldigkeit anzuhalten.

— In der National-Versammlung wurde gestern, mit Beziehung auf die Aeußerung des Präsidenten bereits mitgetheilt, daß der Graf v. Brandenburg sein Mandat niedergelegt habe, und der bisherige Präsident der Nationalversammlung, Grabow, mit der Bildung eines Cabinets beauftragt sei. — Der Antrag, wonach die Versammlung erklären solle, daß der Graf Brandenburg das Vertrauen derselben nicht besitze, soll, wie man hört, schon heut zur Verhandlung kommen. — Der Gensd'armenmarkt war Vor- und Nachmittags während der Sitzungen von Bürgerwehr abgesperrt. Letztere marschirte gleich nach Schluß der Sitzungen zurück.

Berlin, den 5. Nov. Alle aus Wien eingehenden Nachrichten bestätigen, daß daselbst vollkommene Ordnung und Ruhe eingetreten war. Am 2ten war die Stadt auf das strengste abgesperrt; verhaftet waren Moser, Vorstand der akademischen Legion, und ein Adjutant von Messenhauser. Der Reichstag hatte am 31. Oktober noch eine Sitzung gehalten, in welcher, obgleich die Anzahl von 172 Mitgliedern nicht beschlußfähig war, eine Adresse an den Kaiser angenommen wurde, die gegen die Vertagung des Reichstages bis zum 15. November und die Verlegung nach Kremsier protestirt. Ueber die angebliche Plünderung der Stadt erfährt man mit Zuverlässigkeit, daß in mehreren Häusern, aus welchen auf die Soldaten geschossen wurde, die Plünderung bei der Erstürmung derselben nicht hat verhindert werden können; einzelne Soldaten aber, welche in andere Häuser eingedrungen, um zu plündern, sind, der im voraus verkündigten Androhung gemäß, mit dem Tode bestraft worden.

△ Berlin, den 5. Nov. Der ehemalige deutsch-katholische Prediger Dowiat läßt jetzt hier wörtlich Folgendes bekannt machen:

„Ich ersuche die Zeitungen, bei Nennung meines Namens das Prädikat „deutsch-katholischer Prediger" wegzulassen. Ich habe die religiöse Bewegung stets nur als Mittel zu social-politischer Agitation betrachtet. Jetzt ist die Maske und folglich die ganze religiöse Bewegung unnöthig; ich habe nicht das Geringste mehr mit derselben zu thun. Stadtvoigtei. Dowiat."

Vor einiger Zeit wurde in den hiesigen Kunstläden ein lithographirtes Bild des Herrn Dowiat ausgehängt, in dessen Zügen sich ein seltener Grad von Unverschämtheit aussprach. Indeß, selbst nach diesem Bilde hätte man es nicht für möglich gehalten, daß Herr Dowiat im Stande wäre, mit solcher Unumwundenheit die innere Lügenhaftigkeit seines früheren Thuns und Treibens vor der Welt zur Schau zu stellen. Dowiat erweist seiner Partei, sowohl der früheren kirchlichen als der gegenwärtigen „social-politischen" durch jene Erklärung einen sehr schlechten Dienst. Die deutsch-katholische Partei verdächtigt er dadurch, denn gar zu leicht werden die Gegner zu der Annahme gebracht, daß auch die anderen Führer der deutsch-katholischen Bewegung eine „Maske" vorgenommen. Und die politische Partei des Herrn Dowiat wird in so fern bloßgestellt, als nun vor aller Welt Augen klar daliegt, wie solcher Partei jedes Mittel recht ist, wie der Jesuitismus auf Seite der Wühler nicht geringeres Feld hat, als dies sonst auf ganz anderen Seiten der Fall zu sein pflegt.

Stettin, den 30. Oktober. Die Englische Admiralität hat im April d. J. dem Preußischen Gesandten auf eine Anfrage die Erklärung zukommen lassen, daß man zu einer Ueberlassung von makellosen Kriegsschiffen sich nicht verstehen könne.

Köln, den 1. November. Der Güterzug, welcher am 29. Mittags in den Bahnhof von Gelsenkirchen einfuhr, gerieth in eine unrechte Seitenbahn, welche in den Sand hinaus lief. Die beiden Maschinen wühlten sich in den Sand, 10 beladene Güterwagen wurden zertrümmert, mehrere Bremser schwer verwundet und ein Schaden angerichtet, der gegen 100,000 Thlr. betragen kann. Die Bahnhofsaufseher und Weichensteller sind entflohen. Reglementsmäßig darf eine solche provisorische Seitenbahn gar nicht angelegt werden.

Schleswig, den 30. Okt. Am 28. Morgens ging Hr. Bargum, Präsident der Landesversammlung, als Commissar der Regierung in das nördliche Schleswig, um die durch den Krieg zerstörten Verwaltungszustände dieser Gegend zu ordnen. Er war beauftragt, auch Alsen zu besuchen, um die rechtmäßigen Behörden, welche von den Dänen gefangen genommen oder verjagt worden waren, in ihre Aemter wieder einzuführen. Wie man vernimmt, hat die, gemäß dem Malmöer Waffenstillstande zur Bewachung der dortigen Hospitäler liegende Dänische Militärmacht ihm die Landung auf Alsen versagt. Es ist dies eine neue offenbare Verletzung des Vertrages; wir dürfen hoffen, daß der Reichskommissar nichts verabsäumen werde.

Frankfurt a. M., den 3. Nov. (P.-P.-A.-Z.) 107te Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung am 2. November. Tagesordnung: Wahl des Präsidenten und der beiden Vice-Präsidenten; Berathung über Art. II. §. 11. u. f. des Verfassungs-Entwurfs. Eröffnung der Sitzung $9\frac{1}{2}$ Vormittags. Vorsitzender: H. v. Gagern. Die Abg. Geritz, Bischof von Frauenburg, Pagenstecher aus Elberfeld und Henning aus Thorn zeigen ihren Austritt aus der National-Versammlung an. Ein Schreiben des Königlich Preußischen Inquisitoriats zu Friedberg in Schlesien an das Reichs-Ministerium der Justiz wird verlesen, worin diese Behörde der Reichsversammlung die Entscheidung überläßt, ob die gegen den Abgeordneten Levinson eingeleitete gerichtliche Untersuchung Fortgang haben oder sistirt werden soll. Das Gesuch wird dem Ausschuß, welcher über ähnliche Requisitionen Bericht zu erstatten hat, zur Begutachtung überwiesen. Der Vorsitzende bringt neue Eingänge für den Flottenbau zur Kenntniß der Versammlung. Eisenstuck aus Chemnitz legt einen Bericht des volkswirthschaftlichen Ausschusses vor, über die von dieser Kommission zu Art. IV. des Verfassungs-Entwurfs gestellten Verbesserungs-Anträge. Der Bericht, welcher einen ungetheilten Beifall in der Versammlung hervorruft, wird zum Drucke befördert und unter die Mitglieder der Versammlung vertheilt werden. Wigard trägt darauf an, daß zunächst sämmtliche Korrespondenz zwischen dem Reichsministerium und den Reichskommissären Welcker und Mosle dem Hause vorgelegt werde, und behält sich nach Einsicht dieser Korrespondenz weitere Anträge vor. Die Dringlichkeit des Antrags wird verworfen. Es wird zur Tagesordnung geschritten. Das Ergebniß der Wahl des ersten Vorsitzenden ist folgendes. Von 407 Stimmen erhielt H. v. Gagern 310, H. Simon von Breslau 82, v. Trützschler 7, v. Hermann aus München 3 Stimmen, und Zell, Wedekind, M. Mohl, Riesser und Simson von Königsberg jeder eine Stimme. Vicepräsident Simson erklärt H. v. Gagern zum neuerwählten ersten Vorsitzenden der Deutschen Reichsversammlung. Dauernder Beifall begleitet diese Verkündigung. H. v. Gagern: „Dem wiederholt in mich gesetzten Vertrauen werde ich durch strenge Pflichterfüllung zu entsprechen suchen, und werde darin nicht ermüden; ich danke herzlich für Ihr hohes Vertrauen." (Lebhafter Beifall.) Bei der Wahl des zweiten Voesitzenden fielen von 408 Stimmen 250 auf den Abg. Simson aus Königsberg. Kirchgeßner von Würzburg erhielt 143, H. Simon aus Breslau 9, Riesser 3 Stimmen, und Jahn, v. Vincke, v. Radowitz jeder eine Stimme. Der Präsident verkündigt die Wahl des ersten Stellvertreters des Vorsitzenden. Zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden wird gewählt G. Riesser aus Hamburg, mit 255 unter 418 Stimmen. Ihnen zunächst stehen: H. Simon von Breslau mit 149 Stimmen. Außerdem erhielten Kirchgeßner 7, v. Radowitz 7 und v. Herrmann aus München, Biedermann und Schuler jeder eine Stimme. Den eilften Paragraphen des Verfassungs-Entwurfs nimmt die Versammlung an, ohne auf eine besondere Diskussion einzugehen. §. 11. lautet: „Der Reichsgewalt steht ausschließlich das Recht des Krieges und Friedens zu." Zur Beschleunigung des Verfassungswerkes werden mehrere Anträge von Vogt, Eisenstuck, Holland, v. Schwerin und Anderen gestellt. Dieselben sind größtentheils dadurch hervorgerufen, daß der Entwurf des Wehr-Ausschusses über Organisation des Deutschen Heerwesens mit den in Artikel III. des Verfassungs-Entwurfes enthaltenen Bestimmungen zusammenfällt. Nach einer kurzen Debatte über diese Vorfrage faßte die Versammlung auf den Antrag des Abg. Rüder den Beschluß, sämmtliche, auf die Geschäfts-Verhandlung des Artikel III. bezüglichen, heute gestellten Anträge an den Verfassungs-Ausschuß zurückzuweisen, mit der Aufgabe, so eilig als möglich darüber zu berichten. Mittermaier erklärt, daß der Bericht über diesen Gegenstand schon morgen erfolgen werde. Schluß der Sitzung um $1\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags.

Baden, den 26. Oktober. Beim Graben eines Kanals auf dem hiesigen Marktplatze wurde eine Mineralquelle zu Tage gefördert, die ihrer Qualität nach unsern warmen Quellen entspricht und ihrer Quantität nach in der Stunde 10,800 Maas Wasser liefert. Es ist damit unserer Stadt ein neues Heil widerfahren, denn es war schon längst ein Bedürfniß, einige große Bassins zu besitzen, wie sie in Wildbach und anderwärts bestehen.

Daß der Reichsverweser sich hier niederzulassen gedenkt, scheint aus dem Umstande hervorzugehen, daß er sich zwischen Bockenheim und dem Stadtthore in der Reihe von Villen, die vielleicht zu den schönsten Deutschlands gehören, ein im Bau begriffenes Haus gekauft hat, um selbes, wie es heißt, mit dem nächsten Frühlinge zu beziehen. Das Haus ist geräumig und eben so schön gelegen, als es mit Aufwand gebaut wird.

Ausland.

Italien.

Die „Piemontesische Zeitung" vom 26. Oktober enthält die Rede, welche der Minister-Präsident in der Sitzung der Turiner Deputirtenkammer am 21ten Oktober hielt. Eine Stelle aus derselben glauben wir jedoch in diesem Blatte nachtragen zu müssen: Nehmen wir den einzig wahrscheinlichen Fall an, daß Oesterreich im Herzen seiner Staaten tief betroffen, sich an dieser Wunde nicht mehr erholen kann — nun, meine Herren, so werden wir des Erfolges um so sicherer sein, je länger wir warten, um unsere Maßregeln, es anzugreifen, desto besser zu treffen! Il Pensiero vom 24. meldet aus Rom v. 19., die päbstliche Regierung habe 2000 Schweizer auf 3 Jahre in Sold genommen, die binnen 4 Wochen daselbst eintreffen würden. Der dort bevollmächtigte Piemontesische Minister habe die römische Regierung angefragt, welche Stellung sie den neu eingetretenen Begebenheiten gegenüber, und namentlich in dem Falle einnehmen würde, wenn die sardinische Armee über den Tessin ginge? Darauf sei ihm die charakteristische Erwiderung geworden: Eine solche Frage zu beantworten wäre sehr schwer!

Ueber die Verhandlungen des Turiner Congresses erfährt man durch die Blätter nur seltene und meist verspätete Angaben. Am 18. wurde in ihm über den Plan eines Bundesvertrags zwischen den einzelnen Italienischen Staaten debattirt. Als Eingang dieses Plans war vorgeschlagen: „Es vereinigen sich um die Italienische Conföderation zu bilden, das oberitalienische Reich, das Großherzogthum Toskana, das Reich Neapel, das Reich Sicilien und der päbstliche Staat." Gegen eine solche Aufzählung der einzelnen Staaten, in welcher das oberitalienische Reich, das Reich Sicilien ausdrücklich anerkannt werden, erhoben sich mehrere Stimmen; man solle einfach sagen: „Es vereinigen sich — die italienischen Staaten." Die Debatte dauerte zwei Stunden. Der ursprüngliche Vorschlag ward zuletzt angenommen, jedoch unterzeichneten einige (nicht viele) Mitglieder einen Protest, indem sie erklärten: sie stimmten für den Eingang nur unter dem Vorbehalt, daß der endliche Beschluß über die Territorialfrage Italiens der künftigen Constituante überlassen werde.

Venedig, den 25. Oktober. Die Assemblea hat mit 105 gegen 13 Stimmen die diktatorische Regierung der Bürger Manin, Cavedalis und Graziani bestätigt und sie ermächtigt, unter Ratifikationsvorbehalt an den diplomatischen Unterhandlungen Theil zu nehmen, sowie Traktate abzuschließen, da vor der Hand auf eine bewaffnete Intervention nicht zu rechnen sei. Die Finanznoth nimmt überhand. Seit dem Beginn der Revolution hat Venedig 26 Millionen Lire ausgegeben; eben wird ein neues gezwungenes Anlehen von zwei Millionen Lire ausgeschrieben. Die Geldbeiträge aus Italien kommen nur spärlich; Ferrara hat 1041 Lire gesandt. Lebensmittel kommen noch immer in Barken an; doch ist der Preis des Fleisches schon 90 Procent höher als in gewöhnlichen Zeiten. Die Zahl der Truppen, die in den Forts liegen, beträgt 13,733 Mann einheimische und 6122 Mann Hülfstruppen. Die Seemacht umfaßt 96 bewaffnete Fahrzeuge jeder Art.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

An meine hochgeehrten Herren Kunstgenossen.

Ich habe in hiesiger Zeitung Nr. 255 d. J. die große Wirkung des Leinsaamentrankes gegen jede Art von Durchfall und besonders als Präservativ gegen den Ausbruch der wahren Cholera angepriesen.

Vielfältige, seit der kurzen Zeit dieser meiner Mittheilung wiederholt gemachte Beobachtungen hierüber, bei Säuglingen, als bei vorgerücktem Alter, haben mich von Neuem, bei vernächlässigten Durchfällen sogar, in meiner Behauptung bestärkt.

Mit gegenwärtigen Zeilen beabsichtige ich, meine hochgeehrten Herren Kunstgenossen zu ersuchen, den erwähnten Trank bei ähnlichen Ihnen vorkommenden Fällen alleinig, ohne jedes Arzneimittel, die Thee's als die Pfeffermünze und Consorten nicht ausgenommen, versuchsweise anwenden zu wollen.

Mein Verfahren dabei ist ganz einfach:*) Der Kranke trinkt im Bette, auch außerhalb desselben höchstens einige Stunden lang halbstündlich zu ganzen Tassenköpfen oder gewöhnlichen Biergläsern voll von dem erwähnten kräftigen ziemlich lauen Tranke, und der Durchfall hört alsdann nach und nach bis auf einige Tage lange Verstopfung auf. Hierauf lasse ich alsdann in längeren Zwischenzeiten, bald eine Tasse von dem erwähnten Tranke, bald eine kleine halbe Tasse schwarzen Kaffee's einigemal abwechselnd trinken und der Kranke kann nun seiner völligen Genesung sicher sein. Schließlich bemerke ich noch 1) daß das wegen des faden Geschmackes zuweilen erfolgende Erbrechen mich keineswegs von dem ferneren fortgesetzten noch nöthigen Gebrauche jenes Trankes abgeschreckt hat; 2) daß das zuweilen noch lange von dem Getränke zurückgebliebene leere Erbrechen durch kleine Stückchen unausgewässerten Herings, öfters genossen leicht zu beseitigen ist; — 3) endlich, daß ich mich selbst bei bedeutendem Stuhlzwange dabei der Klystire jeder Art nie bediene. Dr. Flies.

*) Aerzte, die Natur ist einfach und stät, folgt ihren Winken und seid einfach und wahr, oder Euer Handwerk, welches Ihr eine Kunst nennt, wird bei den Denkenden ewig gebrandmarkt werden. Baco.

Cholera.

Posen, den 7. November. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 10 Personen, gestorben 3.

Aufgebot.

Im Hypothekenbuche des im Schrodaer Kreise des Großherzogthums Posen belegenen adeligen Rittergutes Uzarzewo ist Rubrica III. No. 21.:

a) ein Kapital von 153 Rthlr. 21 sgr. 5 pf., mit 5 pro Cent Zinsen, und zwar von 112 Rthlr. 21 sgr. 2 pf. seit dem 18ten Juli 1838, von 4 Rthlr. 13 sgr. seit dem 21sten Mai 1838, und von 36 Rthlr. 14 sgr. 3 pf. seit dem 12ten Juli 1838 als eine Schuld des Besitzers von Lipski an den Gutspächter Albert v. Kryger für diesen, und

b) ein Kostenbetrag von 6 Rthlr. 5 sgr. 5 pf.,

laut Verfügung vom 1sten April 1840 eingetragen.

Diese Posten sind bezahlt, indeß die darüber sprechenden Urkunden, nämlich:

das Erkenntniß vom 21sten September 1839, die Requisition des Prozeßrichters um Eintragung vom 11ten Februar 1840, und der Hypotheken-Rekognitionsschein über die erfolgte Eintragung vom 1sten April 1840,

verloren gegangen. Behufs Löschung derselben werden auf den Antrag der Besitzerin von Uzarzewo, Zenobia Ludovica Cordula von Lipska alle diejenigen, welche an die bezeichneten Beträge und die darüber ausgefertigten Dokumente als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfandinhaber oder aus einem anderen Rechtsgrunde Ansprüche zu haben vermeinen, aufgefordert, dieselben spätestens in dem am 12ten Februar 1849 Vormittags um 10 Uhr vor dem Ober-Landesgerichts-Referendarius Gutsch in unserm Instruktionszimmer anstehenden Termine anzumelden, widrigenfalls sie damit präkludirt werden sollen und die Löschung der aufgebotenen Hypothekenposten erfolgen wird.

Posen, den 17. Oktober 1848.

Königl. Ober-Landesgericht;
Abtheilung für die Prozeßsachen.

Am 20sten d. M. wird die Jagdbenutzung auf allen Vorwerken der Güter Borzęciczki, ausgenommen den Wald, die Schonungen und die dem Geistlichen und den Landleuten gehörigen Felder, öffentlich auf ein Jahr versteigert. Die Bedingungen sind zur Einsicht bei dem Endesunterschriebenen und bei dem Herrn Administrator Prüfer in Borzęciczki ausgestellt. Der Plus-Licitations-Termin wird an demselben Tage um 10 Uhr in dem Schlosse von Borzęciczki stattfinden.

Wrotkow bei Kozmin, den 5. November 1848.

v. Sokolnicki,
Landschaftsrath.

Ein Sekretair, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, findet sogleich ein Unterkommen beim Kommissariat in Santomyśl.

Veränderungshalber wird das an der Wilhelmsstraße No. 24. bestehende **Papier-, Schreib- und Zeichnen-Materialien-Geschäft**, so wie **Papp-Galanterie-Arbeiten** und Vorräthe der elegantesten **Lederwaaren** von heute ab unter dem Einkaufspreise einzeln ausverkauft, oder im Ganzen einem Käufer unter annehmbaren Bedingungen überlassen; auch der Laden selbst sofort, oder von Neujahr ab, verafterpachtet. Das Nähere zu erfahren Markt No. 61. im Schanklokale.

Es trifft den 9. d. M. eine Gelegenheit aus Danzig hier ein, und nimmt Fracht so wie Passagiere wieder zurück. Das Nähere hierüber kleine Gerberstraße No. 15. zwei Treppen hoch.

Herrn Fr. Schuster's besten Gasäther erhielt und verkauft unverfälscht die Licht- und Seifenniederlage Breslauerstraße No. 40. von W. J. Zuromski.

Fließenden **Astrachanschen Caviar** erhielt so eben Gustav Bielefeld, Markt No. 87.

---

200 Thlr. Belohnung!

Außer den bereits in der gestrigen Zeitung namhaft gemachten Pfandbriefen sind mir in der Nacht vom 5. bis 6. c. mittelst gewaltsamen Einbruchs noch entwendet worden: 1) zwei königl. Polnische Obligationen (No. 1,003,557 und 109,612) jede über 100 Rubel Silber; 2) ein Hypotheken-Instrument über 134 Thlr.; 3) ein Empfangsschein zur freiwilligen Darlehnskasse über 200 Thlr.; 4) eine silberne Zuckerdose auf der Rückseite gezeichnet W. M. T. in der Mitte Pamiątka dla A. S.; 5) 15 silberne Theelöffel; 6) eine silberne Zuckerzange gezeichnet E. S.; 7) ein silberner inwendig vergoldeter Sahnlöffel; 8) drei silberne Eßlöffel; 9) eine in Gold gefaßte Haarkette; 10) ein achteckig geschliffener Amethyst von der Größe eines Pfennigs mit den eingravirten gothischen Buchstaben T. S.; 11) eine alterthümliche silberne Kapsel in der Größe eines Zweithalerstücks mit erhabenen Figuren, das Leben Jesu in kolorirten runden Bildchen enthaltend; 12) ein alter silberner Stockbeschlag; 13) eine Spieldose; 14) eine silberne Kinderklapper in Form einer Lyra; 15) ein Dutzend silberner Dessertmesser mit gepreßten Schaalen; 16) eine silberne Scheere; 17) eine neue Tischdecke auf weiß seidenem Cannevas gestickt, mit 4 seidenen Quasten und Frangen; 18) ein neuer auf weiß seidenem Cannevas gestickter mit rothem Saffian unterfütterter Klingelzug; 19) 7 Ellen schwarzen Sammet; 20) einige nicht näher zu bezeichnende grobe Wäsche; 21) ein Schock feine Leinwand; 22) eine roth und graue Tischdecke; 23) ein hanfner roth und weißer Klingelzug; 24) eine in Zinn gefaßte Glaskuffel mit eingeschliffenen Ansichten vom Badeorte Töplitz. Wer mir zur Wiedererlangung der gestohlenen Gegenstände, vor deren Ankauf ich hiermit warne, verhilft oder mir den Dieb in der Art namhaft zu machen im Stande ist, daß derselbe gerichtlich belangt werden kann, dem werde ich unter dem Versprechen der Namensverschweigung obige Belohnung ertheilen. Zugleich wird hiermit die Anzeige verbunden, daß sofort bei den betreffenden Behörden die erforderlichen Schritte gethan sind, um die Versilberung der entwendeten Werthpapiere zu verhindern und mir, dem rechtmäßigen Besitzer des Eigenthums, zu wahren. Stern, Maurermeister,
Wilhelmsstraße No. 1.

Berichtigung. In meiner gestrigen Anzeige ist bei dem Pfandbrief von Sławno über 500 Thaler die Amortisations-Nummer irrthümlich 308, statt **3008** angegeben. Stern.

Thermometer- und Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 29. Oktober bis 4. Nov.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
29. Oktober	+ 4,5°	+ 12,0°	27 Z. 10,2 L.	W.
30. "	+ 5,0°	+ 13,0°	27 " 9,7 "	W.
31. "	+ 6,4°	+ 11,1°	27 " 6,0 "	SO.
1. Novbr.	+ 7,0°	+ 11,2°	27 " 4,3 "	SW.
2. "	+ 4,0°	+ 10,4°	27 " 6,4 "	SW.
3. "	+ 4,0°	+ 11,2°	27 " 8,0 "	SW.
4. "	+ 3,0°	+ 6,0°	27 " 5,6 "	W.